

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1947**

45 (5.11.1947)

# Badisches VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 2, Nr. 45

Mannheim, den 5. November 1947

Preis 15 Pfg.

## Vorbereitungen zur Londoner Konferenz

Das deutsche Volk will Frieden, Einheit und politische Selbstbestimmung

Mit dem heutigen Tag beginnt in London die Konferenz der stellvertretenden Außenminister. Die Konferenz dient der Vorbereitung der am 25. November in London stattfindenden Außenministerkonferenz der Großen Vier. Die deutsche Frage ist der beherrschende Gegenstand dieser Beratung. Die Forderungen des deutschen Volkes sind vernehmlich genug erhoben worden. Das deutsche Volk braucht den Frieden, braucht die Einheit seines Landes und braucht eine gesamtdeutsche Verwaltung.

Es gibt genügend Kräfte, die bestrebt sind, zu verhindern, daß die Konferenz zu einem klaren Ergebnis kommt. Bisher war man auf Seiten der westlichen Alliierten den Weg der Schaffung vollendeter Tatsachen gegangen. Dieser ergab sich mit Zwangsläufigkeit aus der Zielsetzung, die von den USA durch den Marshall-Plan in Europa und Deutschland angestrebt wurde. Für die anglo-amerikanischen Alliierten knüpft sich an die Londoner Außenministerkonferenz das Bängen, ob sie ihre Pläne durchsetzen und für diese die Legalisierung auf dem Boden des internationalen Rechtes finden werden. Hoffnungen dieser Art waren auf der Moskauer Konferenz im Frühjahr gescheitert. Die damaligen Machtdemonstrationen Amerikas, die Verkündung der Truman-Doktrin, die Hilfe für die halbfaschistischen Staaten Türkei und Griechenland, hatten nicht vermocht, die Sowjetunion und die Welt des Sozialismus in die Knie zu zwingen. Die Anstrengungen sind inzwischen verstärkt worden. Der Marshall-Plan wurde geboren, England und Frankreich versuchte man bedingungslos ins Schlepptau der amerikanischen Politik zu nehmen. Deutschland wurde der Zerreißungsprobe ausgesetzt. Bizoneisen erlebte Auferstehung und durch den neuen Industrieplan, der uns nur theoretische Ziffern aber keine wirkliche Hilfe, sondern noch dazu die Demontage auch eines Teils der Friederindustrie gebracht hat, wurden die Westzonen dem Marshall-Plan eingegliedert. Die Türen zur kapitalmäßigen Ueberfremdung der deutschen Industrie wurden weit aufgestoßen und das

wirkliche Ingangbringen der deutschen Wirtschaft durch übersteigerte Rohstoffexporte wesentlich verhindert. Statt Segnung zu bringen bedeutet die Vorbereitung des Marshallplanes in den Westzonen ein fortgesetztes Blut-abzapfen für die Zwecke der anderen am Marshallplan beteiligten Länder in Europa. Das deutsche Volk verlor mehr und mehr im Zuge dieser Politik das politische Selbstbestimmungsrecht. Am sichtbarsten kam dies zum Ausdruck bei der von Amerika „gewünschten“ Absetzung der Sozialisierung des Ruhr-

bergbaues. Kein Wunder, daß der Teil der amerikanischen Presse, auf den das Monopol- und Finanzkapital Einfluß hat, das Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz in Schlagzeilen als Wunsch verkündete. „Nachgeben oder Kompromisse kommen nicht mehr in Frage“, ist das, was Wallstreet als Parole den amerikanischen Politikern mit auf den Weg zur Londoner Außenministerkonferenz gibt. Es ist bezeichnend, daß Frank Pitcairn in der englischen Presse zu dieser Seite der Londoner Konferenz feststellte: „In den Hauptquartieren der britischen und amerikanischen Militärregierung in Berlin sagt man „unter sich“, eine erfolgreiche Konferenz würde alle unsere Pläne über den Haufen werfen.“ W. G.

## Nationale Repräsentation

Bisher durch Dr. Schumacher verhindert

In ihrer Sonntagsausgabe schreibt die „Neue Zeit“, Berlin, das Blatt der CDU über Dr. Schumacher: „Wenn man vielleicht erwartete, daß er dabei (Pressekonferenz Dr. Schumachers) Worte sagen würde, die uns in der Entwicklung der Dinge in Deutschland weiterbringen könnten, so wurde man darin wieder einmal gründlich getäuscht, selbst wenn, nach Dr. Schumachers Feststellungen, nicht alles von dem, was er-Merkwürdiges in Amerika gesagt hat, von den westlichen Agenturen authentisch wiedergegeben worden ist. In der Bestätigung genügt aber auch, was auf dieser Pressekonferenz

gesagt wurde. Für eine Wertung als Politiker und Staatsmann muß es unverstänlich bleiben, wenn er so von dem Vorschlag einer nationalen Repräsentation als von einem taktischen Manöver sprechen konnte...

Was heißt hier Manöver? Die verantwortlichen deutschen Politiker sollten sich zusammensetzen, um ihre Wünsche und Auffassungen auf einen Generalnenner zu bringen. Aus der Stimme der nationalen Repräsentation sollte die Stimme Deutschlands sprechen. Das hat Herr Kurt Schumacher einstweilen verhindert, und dadurch alles andere als einen Beweis seiner staatsmännischen Qualitäten erbracht.“

## Der weltgeschichtliche Sieg des Sozialismus

Zum 30. Jahrestag der Oktoberrevolution in Rußland

Ueber die Bedeutung des 30. Jahrestages der sozialistischen Durchbruchschlacht gegen den Kapitalismus, der Oktoberrevolution in Rußland, sprach, auf der letzten Sitzung des Parteivorstandes der SED Otto Grotewohl. Der Parteivorstand nahm zu dieser Rede eine Entschließung an, aus der wir nachstehend die wesentlichsten Teile abdrucken.

Unter Anwendung der marxistischen Lehren auf die Bedingungen in Rußland haben Lenin und Stalin vermocht, die Arbeiter und Bauern im November 1917 zum Siege zu führen und den ersten sozialistischen Staat zu errichten. Damit schufen sie die politische Voraussetzung für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung. In einer grandiosen Aufbauarbeit und unter Ueberwindung unerhörter Schwierigkeiten hat das Sowjetvolk den Sieg des Sozialismus errungen. Es hat die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft und damit zugleich die Ursachen der Krisen und Kriege beseitigt. Im Kriege gegen den Faschismus, zu dessen Niederlage die Sowjetarmee den größten Anteil beigetragen hat, wurde die Ueberlegenheit des sozialistischen Systems bewiesen. Wenn heute die Sowjetunion die Hauptkraft im Kampfe um die Sicherung des Friedens ist, so ergibt sich das aus ihrem sozialistischen Charakter. Entgegen dieser fortschrittlichen Entwicklung in der Sowjetunion hat das deutsche Volk am 9. November 1918 einen anderen Weg eingeschlagen. Es hat infolge des Einflusses reaktionärer Ideologien der Spaltung der Arbeiterbewegung nicht vermocht, eine sozialistische Staatsmacht zu errichten, sondern ließ die alten gesellschaftlichen Kräfte in ihren Machtpositionen. Dieser Weg führte das deutsche Volk über die Wirtschaftskrise, über

Faschismus und Krieg in den Zusammenbruch. Verleumderische Hetzkampagnen gegen die Sowjetunion waren die Begleitmusik auf dem Marsch in die deutsche Katastrophe. Heute gilt es für das deutsche Volk, die Lehren aus diesen geschichtlichen Ereignissen zu ziehen. Die Wiederholung der Fehler von 1918 muß vermieden werden. Wir müssen lernen,

die für uns bedeutsamen Lehren der Sozialistischen Oktoberrevolution entsprechend den besonderen Bedingungen in Deutschland anzuwenden. Vor allem gilt es für das deutsche Volk, zu erkennen, daß die neue Hetze gegen die sozialistische Sowjetunion der Nebelschleier ist, hinter dem die reaktionären Kriegsprovokateure ihr verbrecherisches Handwerk betreiben. Wer an diesen Verleumdungen teilnimmt, dient den Interessen der Reaktion und Kriegsetzer und vergeht sich an den Interessen der Demokratie und des Friedens.

## Schlange-Schönungen

### gegen sowjetrussische Getreidelieferungen

Grund: Angst vor wachsenden Freundschaftsgefühlen für die Sowjetunion

Ausländische Pressemeldungen besagten, daß die Sowjetregierung auf Grund der guten russischen Ernte Frankreich die Lieferung von eineinhalb Millionen Tonnen Getreide angeboten hat, die nicht in Dollarwährung bezahlt zu werden brauchen. In Westdeutschland ist diese Meldung totgeschwiegen worden. Es ist die Frage nabeliegend: wie sieht es mit russischem Getreide für die Westzonen in Deutschland aus?

Recht aufschlußreich ist nun eine Erklärung Schlange-Schönungens gegenüber einem neuseeländischen Journalisten, wie er sich zu Lebensmittelleistungen aus Rußland stellen würde. Seine Antwort lautete: „Wir werden nur im äußersten Notfall Getreide aus Rußland einführen. Mit der Einfuhr von russischem Getreide wachsen die Freundschaftsgefühle der Bevölkerung für die Sowjetunion.“

Die Schlußfolgerung, die sich daraus aufdrängt, ist die, daß es Leute vom Schlage Schlange-Schönungens lieber ist, der Hunger wächst, gleich welche Opfer vom werktätigen Volk gefordert werden, als daß dies nicht der Fall ist. Mit Schlange-Schönungen scheinen auch etliche andere willens zu sein, Getreidelieferungen aus der Sowjetunion abzulehnen, damit die von ihnen geübte Antisowjettheorie keinen Abbruch erfährt.

Franklin D. Roosevelt

über die

## Sowjetunion

„Unser Land sollte stets stolz darauf sein, dieser Nation, die mit ihrem Kampf für ihre Selbsterhaltung auch alle anderen Nationen vor der nationalsozialistischen Bedrohung rettete, in der künftigen Welt ein guter Nachbar und ein aufrichtiger Freund zu bleiben.“

28. Juli 1943

## Schrecken die Spuren der Vergangenheit nicht?

Von Willy Grimm

„Propagandafeldzug gegen den Kommunismus“ oder „US-Offensive gegen den Kommunismus“ verkündeten die Schlagzeilen der Presse. Im Munde der offiziellen Amerikaner hört es sich etwas anders an. Der Militärgouverneur sprach es lapidar aus, indem er sagte: „Wir glauben nicht an den Kommunismus.“ Wir unterstellen, wenn wir dies lesen, daß es dem politischen und selbst persönlichen Gehalt nach ehrlich ist. Wir wären enttäuscht, wenn wir etwas anderes hätten vernehmen müssen. Ja, wir hätten, wenn es anders wäre, vor einer Gewissensfrage gestanden. Ein Kommunismus, den der amerikanische Generalgouverneur Clay, den etwa Marshall oder gar der Präsident der Vereinigten Staaten, Truman, bejaht hätte, wäre uns Veranlassung gewesen, an dieser Art Kommunismus zu verzweifeln. An einen Kommunismus zu glauben, der den Beifall der Vertreter eines hochkapitalistischen Staates bekommt, hätte uns verwehrt, noch Beifall zu geben. Wir wären stutzig geworden und hätten die Schlußfolgerung gezogen, daß die Orientierung der entschiedenen Sozialisten, der Marxisten, nicht mehr stimmen könnte. Es ist nicht so, denn der Militärgouverneur General Clay hat verkündet: „Wir glauben nicht an den Kommunismus.“ Uns und allen Unterdrückten und Leidgeprüften ist es die Bestätigung dafür, daß wir an ihn glauben müssen. Ein Glaube, der sich auf das Wissen gründet, daß der Kommunismus der Todfeind der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, eines zusammenbrechenden, überlebten, Krise und Krieg, Hunger und Not stets aufs Neue gebärenden Wirtschaftssystems ist.

Das ist das eine, was wir uns gegenwärtigen, wenn wir vom „Propagandafeldzug gegen den Kommunismus“ hören. Darin liegt nichts, was uns erschüttern kann. Es liegt eine Wahrheit drin, die uns Stärke gibt. Es bleibt aber ein bitterer Nachgeschmack. Propagandafeldzug gegen den Kommunismus? Wort und Parole scheinen uns nicht neu. Neu ist nur, daß sie von amerikanischer Seite im Munde geführt werden. Uns haben Worte und Parolen dieser Art lange genug in den Ohren geklungen. Es ist die Begleitmusik politischer Begründung zur Schändung von Millionen Menschen in Deutschland gewesen. Hitler und sein Propagandaminister Goebbels haben unter dieser Losung, vom Reichstagsbrand angefangen, bei den Gasöfen der Konzentrationslager endend, das deutsche Volk und die Welt in das Unglück des 2. Weltkrieges gestürzt. Schrecken die Spuren nicht?

Wir sind nüchtern genug, den himmelweiten Unterschied zu sehen, der zwischen den USA von 1947 und dem Hitlerdeutschland zwischen 1933 und 1945 besteht, aber bei aller Unterschiedlichkeit sind wir nicht gewillt, den gemeinsamen Grundton zu übersehen, der damals wie heute in der berüchtigten Propagandalosung mitschwingt. Wir vermerken sehr wohl, wenn General Clay formuliert: „Es gibt nichts undemokratischeres, als die Kommunistische Partei zu unterdrücken, wir haben nicht die Absicht, dies zu tun.“ Wir vermerken aber ebenso, wenn unter einem nicht zu übersehenden Einfluß der USA-Regierung der brasilianische Senat mit Stimmenmehrheit das Gesetz, das die Löschung der kommunistischen Mandate der Volksvertretung vorsieht, annimmt. Es bleibt uns nicht verborgen, wo auch heute Propaganda aufhört, Propaganda zu sein.

Wir haben auch genau verfolgt, daß nach 1945 nicht überall in der Welt unter Faschismus Faschismus verstanden worden ist. Wir hatten ein Gefühl da-

für, daß man aus dem Faschismus als einer politischen Welterscheinung in der öffentlichen Publizistik und in weiten politischen Kreisen der USA eine spezifisch deutsche Angelegenheit machte. In der USA ist Faschismus das Nur-Deutsche, das sich erschöpft in Militarismus, in Preußentum und wenn es etwas mehr ist, im ostpreußischen Junkertum. Finanz- und Monopolkapital, der Imperialismus, wurden aus dieser Begriffsbestimmung des Faschismus gebannt. Warum wohl? Weil man, wenn das Monopol- und Trustskapital die tragende Grundlage des Faschismus ist, mit Naturnotwendigkeit dort die stärkste, wenn auch vorerst noch latente Potenz des Faschismus gesucht hätte, wo dieses am herrschendsten ist. Das ist aber in den USA der Fall. Was man damals als latente Potenz suchte, hat inzwischen längst auch offene Erscheinungen gezeigt.

Fällt die „Hexenjagd“ gegen den Kommunismus in Amerika nicht in die Reihe dieser Erscheinungen? Ist es ein Zufall, daß Charlie Chaplin, Henry Wallace, Thomas Mann, Frau Eleanor Roosevelt und viele andere als kommunistenfreundlich bezeichnet, zum Ziel einer skrupellosen Hetze geworden sind? Ist es ein Zufall, daß uns in den Westzonen die Namen schuldbeladener Monopolherren wieder präsentiert werden? Wir sehen darin keinen Zufall, sondern einen inneren Zusammenhang.

In Deutschland soll man sich darüber im klaren sein, daß der ideologische Feldzug gegen den Kommunismus für die Prinzipien hochkapitalistischer Wirtschaftsformen seiner Natur nach sich nicht allein gegen die Kommunistische Partei richtet. Das ist immer von Anfang an, wie es in Deutschland 1933 auch gewesen war. Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften, auch die wahrhafte Demokratie, werden von ihm betroffen. Heute ist es ein ideologischer Kampf — nur? — Was ist er morgen? Dieser Frage muß sich das schaffende Volk in Deutschland eingedenk sein, wenn es den Propagandafeldzug gegen den Kommunismus richtig werten will. Für Gleichgültigkeit ist schon oft in der Geschichte teuer bezahlt worden, am teuersten aber in Deutschland.

**Deutsche Nationalversammlung!**  
Deutsche Vorschläge zur Londoner Konferenz

Die „Hamburger Volkszeitung“ berichtet über den Inhalt einer offiziellen Erklärung der LDP in der Ostzone zur Londoner Konferenz. In zehn Punkten schlägt die LDP Sofortmaßnahmen vor, welche die Wiederherstellung eines einheitlichen Deutschland und die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für seinen Wiederaufbau umfassen. Insbesondere wird die Einschränkung der Ausfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten und die Umstellung des Exports auf Fertigwaren als unerlässlich bezeichnet. Die LDP erwartet von der Londoner Konferenz und dem Friedensvertrag vor allem die Wahl einer Nationalversammlung und die Bildung einer gesamtdeutschen Zentralregierung gemäß den Potsdamer Beschlüssen.

**Kollektivhaftung**  
Abgefeimter Bauernfang der LDP

Im hessischen Landtag sprachen sich nachträglich LDP, CDU und SPD für die Anerkennung einer durch die Regierung erlassenen Notverordnung aus, durch die die Bauern eines Dorfes kollektiv für die Ablieferung haftbar gemacht werden. Im Gegensatz zu allen drei Parteien hatte die KPD verlangt, daß man nicht gegen das ganze Dorf, sondern nur gegen die säumigen Bauern und Gutsbesitzer vorgehen solle.

Es ist nun interessant, was Euler, der LDP-Vorsitzende in Hessen zu dieser Frage auf dem Zonenparteitag der Demokraten in Schwetzingen ausführte. Er sagte nämlich, daß die Kollektivhaftung der Bauern bei der Kartoffelablieferung schlimmer sei, als es die Sippenhaftung der Nazidiktatur gewesen ist. Er verspricht sich auch als Auswirkung der Kollektivhaftung der Bauern eine spürbare Schädigung der sozialistischen Parteien in Hessen. Sollte das der Grund gewesen sein, warum die LDP selber der Kollektivhaftung zugestimmt hat? Wir wissen, daß die LDP-Führer in eifrigem Wettstreit mit denen der CDU liegen, wer von beiden der bessere Einpeitscher der Reaktion in Südwestdeutschland ist, und daß skrupellose Demagogie

**Europa hungert und Nahrung wird vernichtet**

Getreideverbrennungen sind ein Verbrechen an der Menschheit!

Die argentinische Regierung hat die offizielle Angabe gemacht, daß sie gezwungen gewesen sei, Getreide im Werte von 500 Millionen Dollar zu verbrennen, um die Preise aufrecht zu erhalten. Der „Weltgetreidemangel“ mußte bisher immer dafür herhalten, um eine Begründung zu haben, warum Hunderte von Millionen Menschen in der Welt hungern. Die Zweckklüge vom „Weltgetreidemangel“ wird durch die Getreideverbrennungen in Argentinien aufs Neue entlarvt. Der Steigerung der Getreidepreise zu Liebe wird eine Weltknappheit in Getreide vorgeschwindelt.

Die „Tägliche Rundschau“ bringt unter dem Titel „Verbrechen an der Menschheit“ einen beachtenswerten Kommentar über die Nahrungsmittelvernichtung in Uebersee. Sie schreibt: „Für 500 Millionen Dollar wurde in Argentinien Getreide verbrannt, weil man es nicht teuer genug absetzen konnte, und das in einer Zeit, wo die halbe Welt hungert und wo in Deutschland und in vielen anderen Ländern kein zusätzliches Stück Brot ausgegeben werden kann... Die Kapitalisten in Uebersee verbrennen vier Millionen

Tonnen Getreide — eine Menge, die ausreichen würde, Berlin acht Jahre lang zu ernähren — ohne irgend eine Strafe befürchten zu müssen, obgleich sie ein Verbrechen an der Menschheit begehen. Die Vernichtung von Lebensmitteln ist immer — auch in normalen Zeiten — ein Verbrechen.“

Die „Tägliche Rundschau“ weist auf die Tatsache hin, welche große Unwahrheit darin besteht, der Menschheit glauben machen zu wollen, daß das Hungern nur deshalb bestände, weil zu wenig Nahrungsmittel erzeugt werden, und unterstreicht ihre entgegengesetzte Auffassung mit einem Wort des großen Dichters Heinrich Heine: „Es wächst hinieden Brot genug für alle Menschenkinder.“ Es komme darauf an, dieses der leidenden Menschheit auch nutzbar zu machen. So werde aber mit dem Hunger zu Nutz und Frommen einer rücksichtslosen Profitsicherung Schindluder getrieben. Die Kartoffelvernichtung in den USA, die Getreideverbrennung in Argentinien prangern nicht nur die an, die es der Profiteinheimung zu Liebe tun, sondern sind Anklage gegen das kapitalistische System, zu dessen Rettung Amerika den Feldzug des Marshall-Planes gestartet hat.

**Spontane Arbeitseinstellung in Mannheim**

Die Arbeiter der Motorenwerke fordern Nachlieferung ihrer Kartoffeln

(Eigenbericht.) Die Arbeiter dreier großer Abteilungen der Mannheimer Motorenwerke legten am vergangenen Montagvormittag spontan ihre Arbeit nieder. Sie forderten die Lieferung der Kartoffeln auf die Zulagekarten, mit der schon seit der 104. Kartenperiode ausgesetzt wurde. Sie fühlen sich nicht mehr in der Lage, bei der gegenwärtigen Ernährungsweise zu arbeiten. In einer allgemeinen Betriebsversammlung brachte die Belegschaft ihre Empörung zum Ausdruck, daß in Mannheim noch nicht einmal für die fehlenden Kartoffeln ein Ersatz ausgegeben wurde. In Hessen lieferte man zum Ausgleich Nährmittel.

In der Betriebsversammlung erklärte Gewerkschaftssekretär Horst, daß der ADGB alles versuche, eine Besserung der Ernährung für die Arbeitenden Mannheims zu erreichen. In der sich anschließenden lebhaften Diskussion wurden energische Maßnahmen gegen den „schwarzen Markt“ und die Kompensationsuche gefordert. Der Jungkollege Holzauer brachte zum Ausdruck, daß dies zu erreichen, eine Demokratisierung der Wirtschaft durch Verwirklichung des Mitbestimmungs-

rechtes der Werktätigen und letztlich durch die Schaffung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands, möglich sei.

Die Belegschaft beauftragte den ADGB, bei der Stadtverwaltung die Nachlieferung der Kartoffeln von der 104. Periode ab durchzusetzen. Ebenso wurde eine bevorzugte Belieferung mit Arbeitskleidern und Schuhen verlangt. Mannheim als schlechtest versorgte Stadt der amerikanischen Zone muß zum Notstandsgebiet erklärt werden.

**Landarbeiter setzen sich durch!**

Eine vorbildliche Betriebsvereinbarung

Aus Tauberbischofsheim geht uns die Abschrift einer Betriebsvereinbarung zwischen Betriebsrat und Gutsverwaltung zu, die beispielgebend für alle Landarbeiter und auch für die Industriearbeiterschaft sein dürfte.

Diese Betriebsvereinbarung stützt sich auf das in der Verfassung festgelegte Recht der Betriebsräte, an der Verwaltung und Gestaltung der Betriebe mitzuwirken und legt fest, daß der Betriebsrat über die Leistungen des Betriebes, über Ablieferung und dergleichen unterrichtet wird und Einblick in die Bilanz erhält.

Die Betriebsleitung gibt dem Betriebsrat Aufschluß über alle die Arbeitsverhältnisse betreffenden Fragen und bestimmt, daß Einstellungen, Entlassungen, Festlegungen von Löhnen und Gehältern der Zustimmung des Betriebsrates bedürfen. Die Kosten der

Geschäftsführung des Betriebsrates bezahlt der Unternehmer.

Die Betriebsvereinbarung wird ergänzt durch eine Arbeitsordnung, aus der wir hervorheben, daß der Betrieb bei Krankheit während der Zeit von zwei Wochen den Unterschied zwischen dem Krankengeld und dem Netto Lohn bezahlt. Die Hinterbliebenen von Verstorbenen erhalten für 2-4 Wochen Lohn ausbezahlt. Frauen, die einem Haushalt vorzustehen haben, sind am Vormittag von der Arbeit befreit für die Erledigung häuslicher Angelegenheiten und der Betreuung der Kinder.

Wir haben nur die wichtigsten Punkte herausgeschält. Diese Betriebsvereinbarung sollte alle Landarbeiter anspornen, endlich die Durchführung ihrer verfassungsmäßig garantierten Rechte zu verlangen und durchzusetzen.

eines ihrer unentbehrlichsten Handwerksmittel darstellt. Hier haben sie sich ein Meisterstück geleistet. Der Bauernfang macht Anstrengungen bezahlt.

**Kapitalüberfremdung**

Ausländische Direktoren im Ruhrbergbau

In der „Wirtschaftszeitung“ lesen wir: „Das vorläufige britisch-amerikanische Ruhrabkommen ist in Kraft gesetzt worden. Neben einer anglo-amerikanischen Kontrollgruppe tritt ein deutsches Direktorium. Die Gruben, deren Aktienmehrheit in ausländischem Besitz ist, werden ausländische Direktoren erhalten.“

„Wen wundert es also noch, daß die „Sozialisierung“ des Ruhrbergbaues auf amerikanischen „Wunsch“ für fünf Jahre von der Tagesordnung abgesetzt worden ist. Fünf Jahre sollen es vor-

erst sein, denn die werden reichen, die kapitalmäßige Ueberfremdung zur Vollendung gedeihen und auch die Verwaltung gänzlich in die Hände ausländischer Kapitalisten gleiten zu lassen. Man spekuliert so, daß dann ohnehin die Frage einer Verstaatlichung nicht mehr gestellt werden kann.“

Bei diesen Tatsachen hebt sich ab, was der Sinn der Schaffung Bizonesiens und der Politik, die auf die Zerreißung Deutschlands zielte, von Anbeginn an gewesen ist. Es wird zwar beteuert, daß dem deutschen Volk nicht die Art der Regelung im Gestalten seiner Wirtschaft und seines Staatsgefüges vorgeschrieben wird, doch wird alles getan, was ihm die Möglichkeit eigener Entscheidung nehmen soll. Die Politik der Unterhöhlung des Potsdamer Abkommens, die anglo-amerikanische Vorbereitung der Londoner Konferenz und des Marshall-Planes erfordern es so. y.m.

**Die Stimme seines (neuen) Herrn**

Averell Harriman, „Eisenbahnkönig“ und amerikanischer Monopolkapitalist, sagte in Washington: „Der Kommunismus ist eine Bedrohung des Weltfriedens.“

Dr. Kurt Schumacher bestätigte dem Multimillionär kürzlich in San Franzisko:

„Der Kommunismus ist eine Gefahr für den Weltfrieden!“

Harriman fordert: „Verstärkte positive Maßnahmen gegen den Kommunismus!“

Dr. Schumacher beeilt sich zu wiederholen: „Dem Kommunismus müssen weit stärkere Kräfte entgegengesetzt werden als bisher!“

„Und wie er sich räuspert, und wie er spuckt, Das hat er ihm glücklich abgucken!“

**Hoover-Speisung gegen Bezahlung**

Die Kinder müssen jetzt für das in der Schule ausgegebene Essen täglich 25-30 Pfg. bezahlen, so lautet der Beschluß des „Landesausschusses für die Hoover-Speisung“. In mancher Arbeiterfamilie wird diese unangenehme Neuigkeit große Sorgen verursachen, sind doch heute schon viele Familien kaum in der Lage, mit ihrem geringen Einkommen die laufenden Ausgaben zu bestreiten.

Was sind besonders Bedürftige, wie Kriegshinterbliebene, Kinder von politisch Verfolgten und Wohlfahrtsempfängern u. a. m. von dieser Regelung ausgenommen und bekommen nach wie vor ihr Essen kostenlos, jedoch soll die Anzahl dieser Gruppe den dritten Teil der gesamtbetreuten Kinder nicht überschreiten dürfen.

Da der Hoover-Ausschuß zur Deckung seiner Verwaltungskosten eine gewisse Gebühr einziehen will, wäre es vielleicht angebracht, wenn die Stadt Mannheim die Kosten dieser Kinderspeisung übernehmen würde. Das wäre eine Entlastung eines großen Teiles unserer Bevölkerung und würde außerdem verhindern, auch unter den Schalkindern eine Gruppe von Almsenempfängern auszusondern.

Wir hoffen, daß die Vertreter der politischen Parteien diese Angelegenheit im Stadtrat zur Sprache bringen und einen entsprechenden Beschluß herbeiführen werden.

**Enttäuschte Erwartungen!**

Politisch Verfolgte und Fliegergeschädigte bekommen nicht die benötigten Haushaltsgegenstände

Anläßlich der Verteilung der bei der Firma Gumbel in Feudenheim beschlagnahmten Schieberwaren kam es vorige Woche auf den Wirtschaftsämtern zu erregten Auseinandersetzungen.

Die Bevölkerung, die mit der frohen Erwartung gekommen war, endlich einmal einige der wichtigsten Haushaltsgegenstände zu bekommen, sah sich folgendem Verteilungsschlüssel gegenüber:

60% der Waren, und zwar die besten Sachen, wurden der Arbeiterwohlfahrt, der Inneren Mission, dem Caritasverband, den Krankenhäusern und dem Städt. Tief- und Maschinenbauamt überwiesen. 34% wurden an die Fliegergeschädigten und andere Bedürftige ausgegeben und nur 6% der Hausräte waren für die vom Naziregime politisch Verfolgten vorgesehen.

Aus dieser Tabelle ist also klar zu ersehen, daß die politisch Verfolgten nicht besonders bevorzugt wurden, wie gewisse Elemente in böswilliger Absicht den Anschein erwecken möchten, sondern daß der der Bevölkerung zugestandene Teil des Schiebergutes so gering war, daß die Bedürfnisse in keiner Weise befriedigt werden konnten.

**Hinweis**

Wir geben unserer Mitgliedschaft hiermit bekannt, daß die alten roten Mitgliedskarten mit Wirkung vom 1. Dezember 1947 ihre Gültigkeit verlieren.

Kommunistische Partei Deutschlands Bezirksvorstand Nordbaden

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S. 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. 1, 4-6. - Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 45 000.